

# Zur Absurdität des 0,7-Prozent-Zieles

Sabine Grund



**Dr. Sabine Grund**,  
geb. 1962,  
freie Journalistin mit  
Schwerpunkt Ent-  
wicklungspolitik,  
Berlin.

Wer mehr Geld für Entwicklung fordert, erwartet davon mehr Armutsminderung. Aber das seit Jahrzehnten bestehende Ziel, die Ausgaben der Industrieländer für Entwicklungspolitik auf 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts (BSP) zu erhöhen, ist vom Ansatz her falsch. Timothy Besley und Robin Burgess rechnen im *Journal of Economic Perspectives* (2003) vor, dass 0,7 Prozent des BSP aller G-7-Staaten 142 Milliarden Dollar betragen. Jedem, der unter einem Dollar pro Tag lebt, einen weiteren zu geben, würde 443 Milliarden kosten. Mehr Geld kann also nicht die Lösung sein, sondern nur Strukturveränderungen und eine selbstkritischere Politik der Geber.

Wenn Geber ein Entwicklungs-Budget planen, wird abstrakt der Kapitalbedarf für ein wünschbares volkswirtschaftliches Wachstumsziel definiert. Theoretische Grundlage ist das ›Harrod-Domar-Modell‹, das der Britte Roy Harrod 1939 und Evsey Domar in den USA 1946 unabhängig voneinander entwarfen: Die Wachstumsrate eines Landes sei direkt abhängig von der Sparquote; je mehr ein Land spare und in die Kapitalbildung investiere, desto größer das Wachstum. Aus der Investitionsrate in den Maschinenbestand sollte sich linear die volkswirtschaftliche Wachstumsrate für das Folgejahr ergeben. So entstand die Vorstellung, bei einem Transfer von 0,7 Prozent des BSP von Industrieländern an Entwicklungsländer würde sich deren Aufholprozess errechnen lassen.

Im Westen herrschte nach 1945 Planungseuphorie. Die forcierte Industrialisierung in Stalins Sowjetunion galt als Vorbild. 1957 zog Domar sein Modell als unbrauchbar zur Bestimmung von Wachstum zurück und erwähnte dabei dessen sowjetisches Vorbild. Dennoch wird ›Harrod-Domar‹ (in der Logik planwirtschaftlicher Systeme) in internationalen Finanzinstitutionen bis heute verwendet, so Jean-François Ruyshankiko in einem IWF-Arbeitspapier (2005). Und William Easterly ironisiert es in seinem Buch ›The Elusive Quest for Growth‹ (2001) als das bis heute meistbenutzte Wachstumsmodell der Wirtschaftsgeschichte. Weil man nach 1945 befürchtete, die Entwicklungsländer könnten sich dem sowjetischen Modell anschließen, entstand die staatliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA). Da Entwicklungsländer den Kapitalbedarf für nachholendes Wachstum nicht allein aus der heimischen Sparquote decken können, sollte die ›Finanzierungslücke‹ mit westlicher ODA gefüllt werden. Ökonomen haben früh darauf hingewiesen, dass die Ableitung des ODA-Bedarfs aus der Finanzierungslücke Ursache und Wirkung verwechselt. Die Lücke ist eine Folge wirtschaftlicher Probleme, Transfers aus dem Ausland tragen dazu bei, die heimische Kapitalbildung zu hemmen.

1. Bei empirischer Überprüfung der ›Harrod-Domar‹-Theorie fand Easterly, dass von 88 Entwicklungsländern nur 17 zusätzliche Investitionen tätigten, wenn

sie ODA erhielten. Nur bei sechs von diesen 17 Ländern wurde die ODA in vollem Umfang für Investitionen aufgewendet. Die erste Verbindung von ODA zu Investitionen war häufiger nachweisbar als die zweite von Investitionen zu Wachstum.

2. ODA allein bringt kein Wachstum; es muss auch konkrete Anreize für produktive Investitionen in den Empfängerländern geben.

3. Die Berechnung der Entwicklungsbudgets von Gebern nach ›Harrod-Domar‹ ist ›angebotsorientiert‹. Die Budgets werden nicht von den Empfängerländern errechnet, auf der Grundlage durchdachter Projekte, die sie erfolversprechend durchführen können.

4. Verantwortungsbewusste Geber hätten von Anfang an darauf achten müssen, dass ein Land gleichzeitig mit dem Empfang von ODA seine heimische Sparquote erhöht, um Kredite zurückzahlen zu können. Parallel dazu hätten sie ein nationales System in den Entwicklungsländern unterstützen müssen, das Konsum besteuert und Investitionen fördert. Stattdessen führt ›Harrod-Domar‹ zu perversen Anreizen: Je geringer die Sparquote, desto höher die ›Finanzierungslücke‹ für Investitionen, desto mehr ODA erhält das Land.

5. Unterschätzt wird bis heute die Korruption, die aus hohen, nicht zweckgebundenen und nicht streng überprüften Transfers resultiert. Es geht nicht nur um den fehlenden Nutzen von ›mehr Geld‹, sondern auch um viel Schaden, weil die Mittelverwendung nicht hinreichend überprüft wird. Praktiker beschreiben ODA immer wieder als riesiges ›System organisierter Verantwortungslosigkeit‹, dessen Schädlichkeit für die Entwicklungsländer bislang kaum vermittelt worden ist.

Easterly verweist auf die Wirkungslosigkeit von ›Harrod-Domar‹ und die Geldverschwendung, die ODA auch für die Industrieländer bedeutet: Sambia hat seit 1960 ungefähr zwei Milliarden Dollar ODA erhalten. Wären diese voll investiert worden und hätten sie zu entsprechender Wachstumsrate geführt, dann hätte Sambia heute ein Pro-Kopf-Einkommen von 20 000 Dollar. Tatsächlich liegt es bei 600 Dollar.

## Mit der Abschaffung des 0,7-Prozent-Zieles

- würde das falsche Bild der Errechenbarkeit von Entwicklung endlich aufgegeben;
- wäre eine Aufwertung des Stiefkinds Entwicklungspolitik möglich, da man sich den wirklichen Aufgaben stellt, die mindestens so kompliziert sind wie der deutsche Aufbau Ost, aber auf internationaler Ebene;
- wird lokale Eigenverantwortung (Ownership) mit nachfragebestimmten Projekten erst möglich.

Die Herausforderung der Geber ist es, sich zurückzunehmen und den legitimen Interessen der Betroffenen zu dienen, die bislang kaum eine Stimme haben.